



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

BÜRGERDIALOG ZUR ZUKUNFT EUROPAS

Ergebnisse des Bürgerdialogs am 22.-23.10.2021 und am 12.-13.11.2021
– Ideen der Bürgerinnen und Bürger



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

ARBEITSGRUPPE 1)

KLIMASCHUTZ UND RESSOURCENEFFIZIENZ SCHWERPUNKT: VERKEHR

AUSBAU UND VEREINHEITLICHUNG DES SCHIENENNETZES



Umsetzung von Klimaneutralität (Reduktion von CO2 und Feinstaubemission) im Güter- und Personenverkehr bis spätestens in 10 Jahren

- Der Verkehrssektor ist sowohl auf EU-Ebene als auch in Deutschland der einzige Sektor, dessen CO2-Emissionen und Feinstaubemission seit 1990 gestiegen ist. Damit gehört der Verkehrssektor zu den größten Hemmnissen für die Erreichung der EU-Klimaziele.
- Die Zielschärfung im Verkehrssektor ist dringend notwendig. **Das Ziel sollte eine gleichmäßige Verteilung von Schienen-, Straßen- und Luft-, Schiffverkehr** anhand von Klimazielen sein. Bei der Verteilung von EU-Fördergeldern muss der CO2-Austoß und Feinstaubemissionen ein zentrales Kriterium sein, hierfür muss die EU Leitplanken formulieren und die Durchsetzung durch Richtlinien vorgeben und überprüfen.
- Ein weiteres Ziel muss die **Klimaneutralität von Fahrzeugen** sein. Die Herstellung verbrauchsintensiver Fahrzeuge ist hierfür zu stoppen und die Kriterien für Feinstaubemissionen von Neuzulassungen zu beschränken.
- **Die Fortschritte der Digitalisierung sollten genutzt werden den Güterverkehr effizienter zu gestalten.** Dafür sollten die ordnungsrechtlichen Vorgaben der EU gestrafft werden, um die Umsetzung auf nationaler Ebene schneller voranzubringen (z.B. Automatische Kopplung von Güterwaggons, Standardisierung von Signalsystemen, Schienenbreiten, Optimierung von Warenströmen, Reduktion von Leerfahrten). Wichtig ist die effizientere Nutzung der bestehenden Nah- und Fernverkehrszügen, um mehr und längere Züge auf die Schiene zu bekommen.

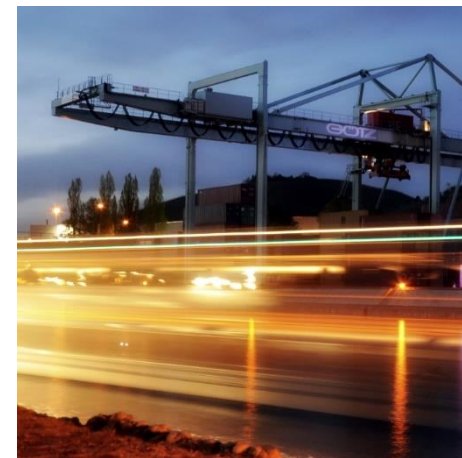


Bild: DIALOG BASIS

ALTERNATIVES MOBILITÄTSANGEBOT



Regionsübergreifender ÖPNV als ernstzunehmendes Mobilitätsangebot ausgestalten bis spätestens in 10 Jahren

- Ziel muss es sein, **innovative Angebote** zu entwickeln, die den ÖPNV zu einer ernstzunehmende Alternative für alle Bevölkerungsschichten macht. Hier sind verschiedene EU-Kampagnen denkbar, wie die Ausweitung der Kampagne Free Interrail, Modellvorhaben für kostengünstigen ÖPNV oder Kampagnen zur Bewusstseinsbildung (z.B. Attraktive Preisgestaltung, Bonusprogramme für Nutzer)
- **Als Alternative zum Flugverkehr, sollte ein grenzüberschreitendes Nachtzugnetz vorangetrieben werden.** Ein Baustein hierfür ist die Einrichtung einer **digitalen Buchungsplattform** für europäischen Bahnverbindungen. Damit Bürgerinnen und Bürger barrierefrei eine Übersicht über Kosten und Fahrpläne erhalten. Darüber hinaus benötigt es für die Umsetzung grenzüberschreitend einsetzbare Fahrzeuge, diese könnten über ein EU-Förderprogramm gefördert werden.



Bild: M. M. Czarnecki, CC BY-NC 2.0, <https://flic.kr/p/21iZqcw>

KLIMANEUTRALE MOBILITÄT IM LÄNDLICHEN RAUM FÖRDERN



Klimaneutrale Mobilität im ländlichen Raum fördern bis spätestens in 10 Jahren

- Großstädte zeigen, dass ÖPNV und E-Bikes eine wichtige und ernstzunehmende Alternative zum Auto darstellen können. Aber wie sieht es damit in ländlichen Räumen aus? Wie können insbesondere Familien dort ihre komplexen Alltagsabläufe meistern?
- Die EU sollte eine Strategie für Mobilität im ländlichen Raum entwickeln, um Pendlerverkehre und Alltagswege klimaneutral auszugestalten. Damit sollte zum einen die Dezentralisierung von Infrastruktur gestärkt werden und **innovative Ideen und Programme zur Verbesserung der Mobilität** im ländlichen Raum gefördert werden (z.B. Subventionierung von klimaneutralen Mobilitätsarten, Ausbau Fahrradnetz, Förderung von Initiativen pro Fahrradfahren, Förderung von geschützten und beleuchteten Radwegen).
- **Unterschiedliche Zuständigkeiten** sorgen häufig dazu, dass Angebote von Bus und Bahn nicht sinnvoll aufeinander abgestimmt sind. Die EU sollte Leitlinien vorgeben wie die **Taktung effizienter abgestimmt** werden kann. Insbesondere im grenzüberschreitenden Raum sollte die EU eine Vorreiterrolle einnehmen und aufzeigen, wie die Abstimmung erfolgen kann.



Bild: Ars Electronica, CC BY-NC-ND 2.0, <https://flic.kr/p/8xX6ti>



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

ARBEITSGRUPPE 2)

POSITIONIERUNG DER EU IN DER WELTPOLITIK

EINE GEMEINSAME EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSMEE



- Um der EU auf internationaler Ebene **mehr Glaubwürdigkeit** zu verschaffen, braucht sie eine eigenständige Verteidigungsarmee. **Wirtschaftliche Sanktionen** alleine reichen nicht, um international europäische Werte zu vertreten.
- Die Armee soll **nur zu Verteidigungszwecken** und nach Ausschöpfung aller anderen diplomatischen Mittel eingesetzt werden. International darf diese nur nach **Konsultation der UN** agieren. Hierbei sollen keine wirtschaftlichen Interessen durchgesetzt, sondern zivilgesellschaftliche Entwicklungen gefördert werden.
- Das **Europaparlament** vergibt die Aufgaben über ein Mehrheitsmandat. Langfristig sollen die Länderarmeen in die EU-Armee integriert werden. Durch die **länderübergreifende Kooperation** sollen so kulturelle Grenzen abgebaut und langfristig die Idee eines geeinten Europas von den Soldaten gelebt werden.
- Die Finanzierung soll über den **Haushalt des EU-Parlaments** laufen, die finanziellen Mittel langfristig aus EU-Steuer finanziert werden.
- Die Atomwaffen sollen bei den Ländern bleiben, um nicht atomare Aufrüstung zu fördern – langfristiges Ziel ist es hierbei, **Atomwaffen in Europa abzubauen**. Der EURATOM-Vertrag muss auslaufen.



Bild: Rock Cohen, CC BY-SA 2.0, <https://flic.kr/p/GUBCe>

EUROPAS AUSSENPOLITIK MIT GESCHLOSSENEREN WERTEN



- Europa braucht in der Außenpolitik einen **geschlossenen Wertekanon**, z.B. in der Migrationspolitik, Menschenrechten, Demokratie und Klimafragen. Um diese umzusetzen, braucht es eine **Reform des Veto-Rechtes** durch eine Vertragsänderung im EU-Gesetz. Das Veto-Recht sollte langfristig überarbeitet werden, denn es verhindert eine rasche Antwort auf außenpolitische Fragen der EU.
- Das EU-Parlament soll **langfristig länderunabhängig** gestaltet werden, damit der Fokus weg von einzelnen Länderinteressen sich hin zu gesamteuropäischen Gedanken entwickelt.
- Durch eine Verlagerung der außenpolitischen Kompetenz (siehe Punkt 3) könnte Europa international als Global Player agieren. Der Fokus sollte hierbei **Hilfe zur Selbsthilfe** in wirtschaftlich schwächeren Ländern sein.
- Ausschließlich finanzielle Mittel zu senden, die durch Korruption verloren gehen, ist nicht ausreichend. Projekte sollten mit **einvernehmlichen Beteiligungskonzepten** und gemeinsamer Budgetverantwortung der lokalen Projektpartner nach Vorbild demokratischer Prinzipien gefördert werden.
- Europa soll als Forschungsstandort in Partnerschaften eine Mentorfunktion für technisches Know-How übernehmen und langfristig mit einem Transfer an Fähigkeiten die Selbstständigkeit fördern.



Bild: Andy Sutton, CC BY-NC 2.0, <https://flic.kr/p/2epxtLY>

VERLAGERUNG DER AUSSENPOLITISCHEN KOMPETENZ AUF DIE EU-EBENE



- Die **Rolle des Europaparlaments** muss gestärkt werden, auch mit Hinblick auf Mandate der europäischen Armee (siehe Punkt 1). Langfristig soll das europäische Parlament eigenständig ohne Einflussnahme nationaler Politik entscheiden können.
- Das Ziel wäre, die pluralistischen Meinungen innerhalb der EU durch ein **gemeinsames Außenministerium** in eine einheitliche Meinung zu bündeln. Die Entscheidungen des EU-Außenministeriums müssen von den nationalen Außenministern mitgetragen werden. In der Konsequenz würde das bedeuten, dass der Außenministerrat ausschließlich eine **beratende Funktion** für das Europaparlament einnimmt.
- Die Kompetenzverteilung des EU- und nationaler Außenministerien müssen **vertraglich klar definiert** sein, so dass keine Überschneidung stattfindet.
- Mittelfristig sollen die einzelnen Außenministerien der Mitgliedsstaaten nur noch Koordinationsaufgaben aber keine Entscheidungsbefugnisse besitzen.
- Langfristig muss eine Lösung für eine vereinigte EU in der UN definiert werden.



Bild: European External Action Service, CC BY-NC 2.0, <https://flic.kr/p/vKUW2T>



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

ARBEITSGRUPPE 3)

INFORMATION, TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG

WEITERENTWICKLUNG DER DEMOKRATIE (I)



WEITERENTWICKLUNG DER DEMOKRATIE

- Wir wollen mehr **direkte Demokratie in Form von Bürgerbeteiligung**.
- Dafür braucht es verbindliche Bürgerentscheide, die europäische Institutionen zur Vorlage eines Vorschlags zu einem Thema zwingen sollen.
- Wir wollen mehr Mitspracherechte und mehr Beteiligung für die Bürgerinnen und Bürger. Denkbar wäre ein **Beteiligungsportal und ein niederschwelliger Zugang** z.B. über einen Stimmzettel im Rathaus, mit dem Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu Themen äußern können. In einem zweiten Schritt können die Menschen darüber über Themen abstimmen.
- Die Europäischen Institutionen müssen ausgewählte Themen immer mit Bürgerbeteiligung behandeln. Zusätzliche Themen können von Bürgerinnen und Bürgern mit einer gewissen Anzahl von Unterstützerstimmen in die Bürgerbeteiligung eingebracht werden.
- Bereits **vorhandenen Möglichkeiten**, wie z.B. öffentliche Konsultationen **müssen mehr kommuniziert werden**. Einrichtungen wie der Europäische Ombudsman, Europäische Bürgerinitiative, Europäisches Petitionsportal oder die Bürgerdialoge der Europäischen Kommission müssen leichter nutzbar gemacht werden.



Bild: Swansea for Europe, CC BY-NC 2.0, <https://flic.kr/p/TkDBf1>

WEITERENTWICKLUNG DER DEMOKRATIE (II)



- **Die EU muss mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden.** Dafür bedarf es einer Kompetenzverschiebung von den Mitgliedstaaten auf die EU-Ebene. Hierfür ist eine langfristige Visionen für die EU erforderlich (Ziele in 10 und 20 Jahren).
- **Als langfristiges Ziel sehen wir die „Vereinigten Staaten von Europa“ mit der Vielfalt der Regionen.**
- Das Europa der zwei Geschwindigkeiten sollte möglich gemacht werden. Mitgliedstaaten, die mehr zusammenarbeiten möchten, sollten dies tun können. Die anderen Mitgliedstaaten arbeiten auf der bisherigen Basis weiter zusammen.
- Das **Europäische Parlament muss Initiativrecht** erhalten.
- Die Einstimmigkeit bei Entscheidungen muss durch **Mehrheitsentscheidungen** ersetzt werden.
- Es bedarf **mehr und auch abgestufte Sanktionsmöglichkeiten** für EU-Institutionen, um die Umsetzung des EU-Rechts in den Mitgliedstaaten einzufordern.
- Wir fordern eine **Rechtsgleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger** in der EU. Die Menschen müssen EU-weit dieselben Rechte und Pflichten haben.



Bild: Swansea for Europe, CC BY-NC 2.0, <https://flic.kr/p/TkDBf1>

MEHR INFORMATION, TRANSPARENZ, PRÄSENZ UND BILDUNG (I)



MEHR INFORMATION, PRÄSENZ UND TRANSPARENZ

- Es bedarf **mehr Wissen über die Funktionsweise der EU**: Was macht die EU? Wie kommen Entscheidungen zustande? Wer initiiert welche Vorhaben? Wie arbeiten Lobby-Gruppen und an welchen Gesetzgebungsvorhaben arbeiten sie mit?
- Wir fordern **mehr Einblickmöglichkeiten für unabhängige Einrichtungen**, die z.B. die Arbeit der Lobby-Gruppen in den Europäischen Institutionen beaufsichtigen.
- Mehr Transparenz zu Fördermitteln und Subventionen.
- Die **Arbeit der Europäischen Institutionen sollte mehr von unabhängigen Wissenschaftlern begleitet werden**, Gesetzesvorhaben müssen vor Verabschiedung nach anerkannten wissenschaftlichen Standards überprüft werden.
- Es bedarf **mehr Aufklärung** für die Menschen, in welcher Form ihnen die EU in ihrem Leben nützt.
- Wir fordern **mehr Information durch die gewählten Abgeordneten** aus dem Europäischen Parlament für die Bürgerinnen und Bürger. Die politischen Vertreter aller Ebenen sollten hierfür eingebunden werden.
- **Mehr niederschwellige Informationen**, z. B. mit Stellwänden oder Hintergrundinformationen zur EU in Zeitungen. Mehr Informationen für junge Menschen, z.B. über soziale Netzwerke.



Bild: New Zealand Tertiary Education Union, CC BY-SA 2.0, <https://flic.kr/p/dt98bn>

MEHR INFORMATION, TRANSPARENZ, PRÄSENZ UND BILDUNG (II)



- Mehr Einbeziehung der ländlichen Gebiete, z.B. mit Veranstaltungen
- Mehr Hilfestellungen zu niederschwelliger Netzwerkarbeit auf EU-Ebene, z.B. für Vereine.

BILDUNG

- Das **Beleben der Städtepartnerschaften** sollte verstärkt unterstützt werden; mehr Städtepartnerschaften mit östlichen Staaten.
- Wir fordern **mehr Bildungsangebote** zur EU. Dazu gehören Bildungsangebote für Erwachsene, Jugendliche, Volkshochschule oder Vortragsreihen.
- Für Schulen ist die Einführung eines **EU-weiten Schulfachs „Europa“** denkbar und der **Besuch einer Europäischen Institution** sollte in der Schulzeit verpflichtend sein.
- Der **Ausbau des Austauschprogramms Erasmus** ist zwingend erforderlich.
- Auch ein **Europäisches Jahr** nach dem Modell FSJ für Jugendliche und mehr berufliche Austauschangebote für Erwachsene werden gefordert.



Bild: New Zealand Tertiary Education Union, CC BY-SA 2.0, <https://flic.kr/p/dt98bn>

MEHR ANGLEICHUNG DER LEBENSVERHÄLTNISSE



MEHR ANGLEICHUNG DER LEBENSVERHÄLTNISSE

- Die Lebensverhältnisse der Menschen müssen mehr angeglichen werden.
- Dafür bedarf es **mehr sozialer Gleichheit**, z.B. eine analoge Angleichung von Renten, Löhnen, Arbeitslosenleistungen, Gesundheitsleistungen.
- Durch eine Weiterentwicklung der Demokratie auf europäischer Ebene ergeben sich konkrete Auswirkungen auf die Angleichung der Lebensverhältnisse, z.B. würden sich durch mehr Vergemeinschaftung von Themengebieten einheitlichere Lebensverhältnisse ergeben.



Bild: aiesecinternational, CC BY-NC-ND 2.0, <https://flic.kr/p/6CRaG6>



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

ARBEITSGRUPPE 4)

STÄRKUNG DES WERTEKANONS – „EUROPA DES RESPEKTS“

STÄRKUNG DES WERTEKANONS (I)



- Im Vertrag über die Europäische Union (Art. 2) werden Werte der EU definiert. Diesen Werten müssen alle Mitgliedstaaten zustimmen – und diese Werte sollen auch in allen Mitgliedstaaten gelten.
- Mit Blick auf neue gesellschaftliche Herausforderungen soll der Wertekanon kontinuierlich diskutiert und ggf. erweitert werden. Dazu gehören z. B.
 - Respekt der verschiedenen Menschen und Lebensweisen
 - Der Erhalt der Biosphäre und die Nachhaltigkeit
 - Pluralistische Demokratie, z. B. durch die Begrenzung von Legislaturperioden pro Machtinhaber
 - Unabhängigkeit der Justiz & der Presse
 - Stärkere Souveränität des EU-Parlaments



Bild: ccarlstead, CC BY-NC-ND 2.0, <https://flic.kr/p/4ZGk9A>

STÄRKUNG DES WERTEKANONS (II)



- Für diese kontinuierliche Wertediskussion soll eine Ethikkommission für Europa gegründet werden. Diese soll die Entwicklung einer grenzüberschreitenden europäischen Identität begleiten.
 - Die Ethikkommission könnte sich aus zufällig ausgewählten EU-Bürger*innen sowie Wissenschaftlern, Historikern und Ethikern zusammensetzen.
 - Dabei soll auch die Bürgerbeteiligung systematisiert werden, die mit der EU-Zukunftskonferenz begonnen wurde.
- Bei Verstößen gegen den Wertekanon durch EU-Länder sollen Maßnahmen konsequent umgesetzt werden.
 - Die Verstöße sollen durch den Europäischen Gerichtshof bewertet werden ggf. mit Aufheben des Einstimmigkeitsprinzips.
 - Hierfür soll ein transparenter Maßnahmenkatalog festgelegt werden.
- Die europäischen Werte, wie auch die Gemeinsamkeiten zwischen Europäer*innen aus verschiedenen Ländern und die gemeinsame Geschichte, sollen stärker in den Schulen übermittelt werden.



Bild: ccarlstead, CC BY-NC-ND 2.0, <https://flic.kr/p/4ZGk9A>

VERMITTLUNG VON WERTEN



- Der europäische Wertekanon und Respekt sollen bereits in der Kita und Schule gelebt werden.
- Hierzu sollen Kinder und Schüler*innen stärker aufgeklärt und eine Dialogkultur gefördert werden. Dazu gehören
 - die Offenheit gegenüber und Respekt unterschiedlicher Menschen und Meinungen sowie
 - der Umgang mit Kritik und unterschiedlichen Meinungen.
- Zugleich sollen die Kompetenzen der Lehrer*innen mittels einer Europäischen Förderung für die Fortbildung der Lehrkräfte aufgebaut werden. Zentrale Themen hierbei sind
 - Die Intervention und Mediation bei Diskriminierung und Mobbing,
 - Internet, soziale Medien und Mobbing im digitalen Raum sowie
 - die Sensibilisierung der Eltern.



Bild: Webmaster Glockseeschule, CC BY-NC-ND 2.0, <https://flic.kr/p/8rotKo>

EIGENWERBUNG FÜR EUROPA



- EU muss für sich werben und die täglichen Vorteile Europas – vom Frieden bis zur Freizügigkeit – stärker in den Fokus rücken.
- Zugleich sollen die Möglichkeiten für Europäer*innen, sich in die Diskussion zur Zukunft Europas einzubringen, stärker beworben werden.
- Es gilt, die Vielzahl von bestehenden Ansätzen zu stärken und stärker zu kommunizieren. Dazu gehören z. B.
 - Die Stärkung des Themas Europa in Geschichtsunterricht und Gemeinschaftskunde oder die Schaffung eines Schulfachs Europa,
 - Lehrerfortbildungen, Schüleraustausch und Exkursionen,
 - Materialien für politische Bildung,
 - Stärkung von Austauschmöglichkeiten, auch für Erwachsene sowie
 - die Belebung von Städtepartnerschaften



Bild: Rock Cohen, CC BY-SA 2.0, <https://flic.kr/p/GUBCe>

IN FAMILIEN INVESTIEREN – GEHALT FÜR ERZIEHENDE



- In der Sozialpolitik hat die EU aktuell noch wenige Kompetenzen. Die Werte der EU sollten aber stärker mit der Sozialpolitik verknüpft werden.
- Ein Gehalt für Erziehende könnte einen Beitrag zur Stärkung von Frauen und Familien, zur Gleichstellung von Frauen und Männern und zur Bekämpfung von Altersarmut (durch Rentenbeiträge) leisten.
 - Die Höhe könnte prozentual aus dem Durchschnittseinkommen des jeweiligen EU-Landes errechnet werden.
- Pilotprojekte könnten aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert werden.
- Deutschland bzw. Baden-Württemberg sollten die finanzielle Unterstützung von Erziehenden auf der EU-Ebene und in Mitgliedstaaten vorantreiben und selbst mit gutem Beispiel vorangehen.



Bild: Jeff Weir, CC BY-SA 2.0, <https://flic.kr/p/GUBCe>



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

ARBEITSGRUPPE 5)

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

PRODUKTION IN EUROPA HALTEN, TRANSFORMATION VORANTREIBEN (I)



Vereinheitlichungen von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft Europas

Wir sehen auf dem europäischen Arbeitsmarkt die Notwendigkeit, im Bereich der Wirtschaft einheitliche sowie sozial gerechte Rahmenbedingungen vorzugeben.

- Die Arbeitssicherheit muss für ganz Europa einheitlich gestaltet werden. Dazu gehört eine stärkere Arbeitnehmerinteressenvertretung auf der EU-Ebene sowie eine zuverlässigere Kontrolle in den einzelnen Ländern und transparente Kennzeichnung. Die innereuropäische Abwanderung von Industrie durch geringere Standards in anderen EU-Ländern wird dadurch reduziert.
- Kinderarbeit ist in der gesamten EU verboten.
- Soziale Berufe sind auch auf EU-Ebene im Fokus zu behalten, wobei die Arbeitsbedingungen in diesen Berufen dringend zu verbessern sind.
- In Bezug auf die Arbeitnehmerrechte und Sozialsysteme fordern wir eine Anpassung der Lebensarbeitszeit an die körperliche und geistige Arbeitsleistung (Work-Life-Balance). Das schließt flexible Arbeitsmodelle ebenso ein wie eine Anpassung der Anzahl von Feiertagen und Urlaubstagen. Keine leichtfertige Aufgabe des arbeitsfreien Sonntags für die Familie.
- Das Steuersystem und die Löhne müssen angleichen werden in der EU.
- Auch die Geschlechtliche Gleichbehandlung muss ein Standard in der EU werden.



Bild: Handwerkskammer für München und Oberbayern, CC BY-NC-ND 2.0, <https://flic.kr/p/vGZgbh>

PRODUKTION IN EUROPA HALTEN, TRANSFORMATION VORANTREIBEN (II)



Transformationsprozess

Um auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein, sind Anreize für innovative Forschung und Entwicklung zu setzen, um den Transformationsprozess zu formen unter Einbezug der europäischen Bürger*innen.

Der Transformationsprozess auch in Bezug auf erneuerbare Energie bei gleichzeitiger ressourcenschonender Industrie muss von der EU vorangetrieben und begleitet werden.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer nachhaltigen Produktion, eine Stärkung der Erzeugnisse aus der EU unter Ausnutzung von Synergieeffekten.

Importe von außerhalb der EU sind nur unter Einhaltung von Mindeststandards erlaubt, dadurch reduziert sich auch das Preisdumping durch außereuropäische Produkte.

Vorrausschauendes Handeln auf dem Arbeitsmarkt ist gefordert, damit der Europäer die Chance, hat mit seinen Fähigkeiten dem Markt zu begegnen. Dazu gehört auch die Anpassung der Berufsbilder an den Bedarf des Arbeitsmarktes, um mit dem Stand der Technik Schritt zu halten.



Bild: Handwerkskammer für München und Oberbayern, CC BY-NC-ND 2.0, <https://flic.kr/p/vGZqbh>

STÄRKUNG ARBEITSMARKTORIENTIERENDER THEMEN IN DER SCHULISCHEN BILDUNG



Berufs- sowie arbeitsmarktorientierende Themen und Fragestellungen sind in die Schulbildung aufzunehmen – damit man sich in Europa frei auf einem allgemeinen, einheitlichen Arbeitsmarkt grenzübergreifend „bewegen“ kann.

Voraussetzung dazu ist ein kultureller Austausch in Schule und Studium sowie der Austausch von Auszubildenden mit partnerunternehmen innerhalb der EU. Daraus folgt eine Anerkennung allgemeiner Ausbildungsabschlüsse in der EU.

Das bedingt die Festlegung von Kerninhalten für Ausbildungsberufe zur Förderung von Kompetenzen und Verbesserung der Chancengleichheit, ohne länderspezifische Inhalte aufzugeben – Vielfalt stärken.

Digitalisierung muss in allen Ausbildungsberufen in der EU einen höheren Stellenwert erreichen.



Bild: INDIRE, CC BY-NC-ND 2.0, <https://flic.kr/p/22YzGTe>